

# STEIRISCHE Volksstimme

Bruck / Kapfenberg

Ausgabe 2, Jänner 2013 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

ZEITUNG DER STEIRISCHEN **KPÖ**

## Volksbefragung 20. Jänner Für Neutralität!

Seite 2/3

Foto: Bundesheer Greblen



So jung – und schon wehrpflichtig. Die beiden Militär-Hunde freuen sich schon auf ihre Ausbildung als Katastrophenhelfer.

**Mehr aus dem Gemeinderat: Bruck und Kapfenberg**

Seite 11 bis 14

**Unsere Telefonnummer:**

Tel u. Fax 03862/22417

**KPÖ-Kapfenberg, GLB, Kinderland, KJÖ, Mieterschutzverband**

Donnerstag 14 - 17 Uhr  
Freitag 9.30 - 17 Uhr und nach Vereinbarung

**Zentralverband der Pensionisten:**

Jeden 1. Donnerstag des Monats von 14 bis 17 Uhr

**Schreiben Sie uns!**

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg,  
Fax 03862/22417  
m@il: kpoe-kapfenberg@gmx.at

**Bund Demokratischer Frauen**

Jeden 2. Dienstag des Monats von 15 bis 18 Uhr

**Kommunistische Jugend Österreichs –KJÖ**

m@il: kjoe@kjoe.at  
www.kjoe.at  
Tel. 038 62/22 4 17



# Bezirks- und Gemeindefusionen: Risiken sind zu groß



Die KPÖ Bruck-Kapfenberg lehnt alle konkret vorliegenden bzw. im Raum stehenden Fusionspläne ab. Sie beinhalten allesamt für die Bevölkerung kaum Vorteile, aber eine Vielzahl an Risiken.

Wirtschaft belebt. Gewisse positive Auswirkungen, die im Zusammenhang mit den Gemeindefusionen genannt werden, können durch Kooperationen unter den Gemeinden schneller, unbürokratischer und damit effizienter gestaltet werden.

Bei Fusionen drohen der Ausverkauf von öffentlichem Eigentum, teils massive Gebührenerhöhungen, ein Verlust der Servicequalität durch die Zentralisierung der Gemeindebehörden und vor allem ein Weniger an Demokratie durch die Reduktion der Gemeinderäte.

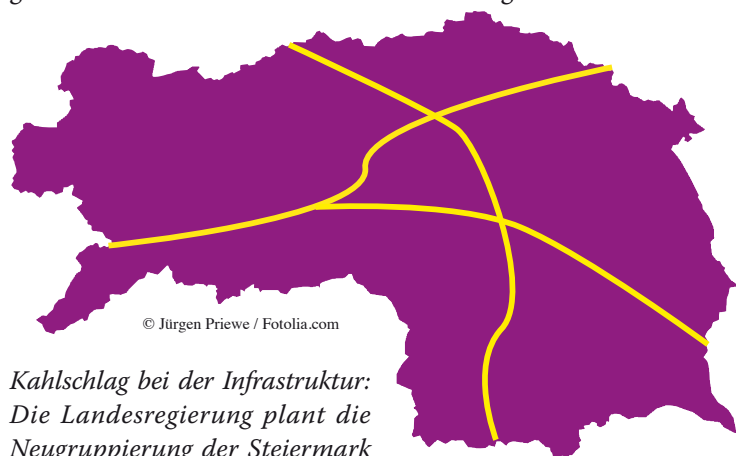
Das Anordnen von Zwangsfusionen durch die Landesregierung über die Köpfe der Gemeindebürger hinweg muss in diesem Zusammenhang wohl als gefährliche Drohung verstanden werden.

Und nicht zuletzt kosten die für die Fusionen angeblich notwendigen Projektbegleitungen mehrere hunderttausend Euro an Steuergeldern.

Zudem ist eine Fusion ohne eine vorhergehende, verbindliche Einbeziehung der Bevölkerung als undemokratisch abzulehnen!

Die sogenannte Gemeindestrukturreform ist kein Projekt zur Belebung der Kommunen. Sie dient ausschließlich der Umsetzung des „Sparpaketes“, oder besser des Belastungspaketes der Landesregierung.

Die im Vorfeld der Fusionen gemachten Versprechungen halten der Wirklichkeit nicht stand. Es wird unterm Strich weder mehr Geld für die Gemeinden geben noch wird dadurch die



© Jürgen Priewe / Fotolia.com

*Kahlschlag bei der Infrastruktur: Die Landesregierung plant die Neugruppierung der Steiermark anhand der Interessen von Handelskonzernen. Die Anliegen der Bevölkerung spielen für Rot-Schwarz keine Rolle mehr. Der Bezirk Knittelfeld wurde schon im Vorjahr mit Judenburg zum Bezirk Murtal wegfusioniert.*

*Mit 1. Jänner 2013 folgten Mürrzuslag, das zu Bruck kommt, und Fürstenfeld, das dem Bezirk Hartberg zugeschlagen wird. Besonders heikel ist die Fusion von Feldbach und Radkersburg weil sie die Grenzen des jeweiligen Wahlkreises überschreitet. Zumindest die Volksschüler werden sich freuen, dass sie statt 17 nur mehr 13 Bezirke lernen müssen.*

## Was der Landeshauptmann verschweigt:

### Wussten Sie, dass...

... in Kärnten etliche Gemeindefusionen zurückgenommen werden mussten, da sie sich als kostspielig oder nachteilig für die Bevölkerung erwiesen haben?

... allein für die Fusionsgespräche zwischen Bruck und Kapfenberg bislang schon 240.000 Euro für externe Beraterfirmen budgetiert werden mussten?

... obwohl seit Juni verhandelt wird, bislang im Gemeinderat nie über den Stand der Verhandlungen zwischen Bruck und Kapfenberg berichtet wurde? Transparenz sieht anders aus!

... es seit Jahren gut funktionierende Gemeindekooperationen in vielen Bereichen gibt, in deren Aufbau einst viel Energie und Geld investiert wurde? Warum wirft man das jetzt über Bord und geht mit der Fusion ein Risiko ein?

... der Finanzausgleich, von dem sich SPÖ und ÖVP Mehreinnahmen für die Gemeinden erhoffen im Jahr 2014 ausläuft? Dann muss ohnehin neu verhandelt werden. Unterm Strich ist zu befürchten, dass auch der Bund „spart“ und weniger Geld für die Gemeinden locker macht als bisher.

**Teurer Spaß:  
Die Eröffnungsfeier der neuen Hochbrücke soll 32.000 Euro kosten.**



## Auch Bruck braucht Aktivcard

Der Brucker KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch: „Vor rund 15 Jahren forderte die KPÖ im Bezirk erstmals die Einführung eines Aktivpasses für Personen mit einem geringen Einkommen.“ Seit 2008 gibt es die Aktivcard in Kapfenberg. Bruck wartet immer noch auf die Einführung.

**AKTIV  
PASS**

**Der Aktivpass –  
eine gute Idee**

KOMMENTAR



# Jahresrückblick 2012 Gemeinde Bruck/Mur

Von Gemeinderat Jürgen Klösch

Nun gilt es wieder ein Resümee zu ziehen. In Bruck an der Mur war es ein sehr intensives und für mich als Mandatar einer Oppositionspartei spannendes Jahr. Insgesamt brachte ich in diesem Jahr drei Dringlichkeitsanträge in den Gemeinderat ein. Dabei wurde einer abgelehnt (keine Zwangsgemeindezusammenlegung und verpflichtende Volksbefragung zu diesem Thema), der zweite Antrag (Umbenennung der Kernstockstraße) zu einer Kompromisslösung umgewandelt und ein Antrag (die Gemeinde spricht sich gegen das „Kleine Glückspielgesetz“ aus) wurde einstimmig angenommen.

Bezüglich der Art und Weise, wie man mit Anträgen in der Vergangenheit in Bruck umgegangen ist, habe ich rechtlich und moralisch aufgeräumt. Oft wurden Anträge in den Stadtrat verwiesen und sind dann nie mehr in den Gemeinderat zurückgekommen. Das ist gesetzlich nicht gedeckt. Nach langer Diskussion mit dem Bürgermeister wurde dies abgestellt und es wird nun nach der Gemeindeordnung rechtlich korrekt behandelt. Zusätzlich hat man als Gemeinderat die Möglichkeit, in jeder Sitzung zwei Fragen an den Bürgermeister oder die Stadträte zu stellen. Diese Chance nutze ich so oft wie möglich. Bei insgesamt 6 Gemeinderatssitzungen musste ich 13mal gegen Anträge stimmen: Es ging um sechs Gebührenerhöhungen:

Sommerbetreuungstarife für den Kindergarten, neuer Fördervertrag in der Musikschule, Eisstadiontarife, Parkgebührenerhöhung der Tiefgarage, gebührenpflichtige Kurzparkzone und Hundeabgabeverordnung. Ich vertrete als Kommunist eine politische Ansicht im Gemeinderat, die oft den anderen Parteien nicht passt. Ist es fair, die Hundeabgabe um 50 Prozent zu erhöhen? Ist es fair, trotz Gratisstunde bei der Tiefgarage jedes zweite Jahr die weitere Stunde um 20 Cent zu erhöhen? Ich finde nicht! Es gibt andere Mittel und Wege für die Gemeinde, sich finanziell unterstützen zu lassen und sich nicht immer wieder das Geld von der Bevölkerung durch Erhöhungen zu holen.

Außerdem lehnte ich die Streichung der Citybuslinie am Samstag ab und natürlich das Budget 2013. Es wird immer geredet, dass man sparen muss, aber zugleich werden 140.000 Euro für die „750-Jahr-Feier“ ausgegeben. Das kann ich nicht unterstützen! Zusätzlich lehnte ich alles, was mit der Gemeindezusammenlegung mit Kapfenberg und Umgebung steht, ab. Es ist keine verpflichtende Bürgerbefragung vorgesehen. Kleinparteien werden aus den Gremien, wo die Vorbeschlüsse gefasst

werden, ausgeschlossen. Auch werden externe Projektbegleitungen installiert, die sehr viel Geld kosten. Allein im Jahr 2012 zahlte jede Gemeinde 60.000 Euro für solche Begleitungen. Es wird zu diesem Thema viel Falsches in der Öffentlichkeit verbreitet. Bürgermeister Rosenberger antwortete auf keine einzige meiner Fragen. Ich wollte von ihm wissen, wo durch diese Fusion eingespart werden soll. Weil ich als einziger gegen die Pläne stimmte, wurde ich von der SPÖ angegriffen, ich sei gegen die Zukunft meiner Kinder. Interessant, dass mittlerweile auch die SPÖ Bruck/Mur gegen die Zukunft ihrer Kinder ist: Denn sie haben nun die Gespräche abgebrochen.

Zu guter Letzt wünsche ich allen Menschen in Bruck an der Mur ein schönes Jahr 2013. Ich werde als Gemeinderat unser Programm auch in diesem Jahr weiter verfolgen. Ob es meine Haltung gegen Erhöhungen von Gebühren oder die Ablehnung jeglicher Privilegien in der Gemeinde ist: Für die KPÖ zählen die Menschen und nicht das Geld!

Gemeinderat Jürgen Klösch:  
Tel. 0664 / 793 4386

## Rat & Hilfe

bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

Bei unserer kostenlosen Mieterberatung finden Sie Rat und Hilfe...

- ...bei allen mietrechtlichen Fragen
- ...bei Fragen zur Betriebskostenabrechnung
- ...wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- ...bei drohender Delogierung
- ...wenn Sie mit Ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
- ...und in Fragen des Arbeitsrechtes, im Pensions- und im Sozialbereich

Rufen Sie an!

Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden!

Telefonische Anfragen unter

**Tel. 03862/22 417**

Sprechstunden in der KPÖ Kapfenberg

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg,

Donnerstag von 14:00 bis 17:00 Uhr

und Freitag von 9:30 bis 17:00 Uhr sowie nach Vereinbarung

## Wussten Sie schon ...

- ... dass die KPÖ-Gemeinderäte Clemens Perteneder (Kapfenberg) und Jürgen Klösch (Bruck) im Jahr 2012 ihre Gemeindebezüge in Höhe von gesamt 10.150 Euro in den Sozialtopf der KPÖ gezahlt haben. Sie behalten sich keinen einzigen Cent zur persönlichen Bereicherung.
- ... dass die FPÖ Bruck an der Mur die Erhöhung der Eisstadiontarife um 30% gefordert hat?
- ... dass der Brucker Bürgermeister kein Fahrtenbuch beim Dienstwagen führt und dies trotz Anregung des Prüfungsausschusses in Zukunft auch nicht machen wird?
- ... dass alleine die Eröffnungsfeier der neuen Hochbrücke in Bruck 32.000 Euro kosten wird?
- ... dass der Samstagverkehr der Citybuslinie trotz fehlender Bedarfserhebung gegen die Stimme der KPÖ abgeschafft wurde?

## Gebührenerhöhungen sind nicht gleich Erhöhungen von Leistungen

Jedes Jahr gibt es zahlreiche Gebührenerhöhungen. Ob es nun Müll-, Wasser-, Strom- oder Parkgebühren sind: Das tägliche Leben wird immer teurer.

Nun dienen diese Erhöhungen nicht zur Verbesserung von Leistungen, sondern sind billige Versuche der Gemeinden bzw. des Landes, ihre Budgets zu verbessern und Mehreinnahmen zu bekommen. Es gäbe aber zahlreiche andere Möglichkeiten, sich Geld zu holen ohne den Bürger zu belasten. Interessant ist die Müllgebühr. Fast jährlich wird sie in den

Gemeinden erhöht. Meistens werden Ausreden gesucht. Die Menschen trennen zu schlecht den Müll usw. Spannend ist nur, dass es nach den Weihnachtsfeiertagen viel zu lange dauert, bis der Papiermüll geholt wird. In Bruck an der Mur wurde dieser Müll erst am 3. Jänner abtransportiert.

Da stellt sich die Frage, ob den Verantwortlichen nicht bewusst ist, dass zu Weihnachten massiv mehr Papiermüll anfällt, als sonst. Trotz steigender Gebühren konnte dieses Problem bislang nicht gelöst werden.

## Erhöhung der Hundesteuer

Einerseits ist klar, dass ein Hund in einer Stadt oftmals Verunreinigungen erzeugt. Die neue Hundeabgabeverordnung wurde aber von allen unseren Gemeinderäten abgelehnt!

Von der Mehrheit in den Gemeinderäten wurde sie jedoch beschlossen. Natürlich ist uns bewusst, dass diese Verordnung vom Land vorgeschrieben wurde. Einige Beschlüsse werden im Land an den Kleinparteien vorbei beschlossen. Deswegen dient auch der Gemeinderat als ein weiteres Sprachrohr für uns.

Man muss auch festhalten,

dass diese Erhöhung eine 50prozentige Anhebung ist! Es wird im Leben alles teuer, ob Lebensmittel oder Kleidung etc. Der Lohn hingegen steigt nicht in diesen Formen an. Menschen mit einer Mindestpension oder einem kleinen Einkommen können sich viele lebenswichtige Dinge nicht mehr leisten. Es werden im Land oder in den Gemeinden Zuschüsse und Beihilfen gekürzt und zugleich Gebühren erhöht. Vor allem im Winter haben viele Leute Probleme, über die Runden zu kommen. Da tut jede und auch diese Erhöhung weh!

Gerade für ältere Leute, die alleine sind, ist ein Hund oft ein wichtiger Bezugspunkt.

### Warum Geld verschenken?

Kostenlose Beratung für Arbeitnehmerveranlagungen und Steuerfreibeträge mit einem Steuerrechtsexperten.

Termine nach Vereinbarung!

Tel: **03862 / 22 417**

Franz Bair Heim der KPÖ Kapfenberg, Feldgasse 8

**Rat & Hilfe – KPÖ** Bruck - Kapfenberg

### KOMMENTAR

## Wenn Sie Fragen haben...



GR Clemens Perteneder

In vielen Gemeinderatssitzungen stehen Gebührenerhöhungen auf der Tagesordnung. Es wird niemanden verwundern, dass ich hier immer dagegen stimme.

Man sagt mir jedes Mal, man müsse kostendeckend arbeiten; das schaffen wir in vielen Bereichen ohnehin nicht, da zahlen wir dazu.

Aber alles wird teurer, die Pensionen und Gehälter steigen jedoch kaum.

Die Behindertenhilfe wird laufend wegen des Sparkurses der Landesregierung enorm verschlechtert. Beihilfen und Zuschüsse werden vom Land gekürzt und gestrichen, die Mindestsicherung hingegen hat viele erst in die Armut und Verzweiflung getrieben.

Deswegen kann ich nicht dafür sein, dass auch in den Gemeinden die Gebühren ständig steigen.

Es sollte bei anderen Posten gespart werden und nicht auf den Schultern der Ärmsten, wie etwa bei den Mindestpensionisten und -pensionistinnen!

Seit ich in der KPÖ Kapfenberg-Bruck/Mur mit der Mieter- und Sozialberatung angefangen habe, wird diese sehr gerne in Anspruch genommen.

Es rufen mich viele Leute an, die mit der Kürzung der Wohnbeihilfe Probleme haben, die Fragen zur Pension oder zum Pflegegeld haben, die mit Zuschüssen und Beihilfen Probleme haben.

Es kommen Menschen zu mir,

denen die Verzweiflung ins Gesicht geschrieben steht, weil sie kurz vor einer Stromabschaltung stehen oder weil die Heizung abgedreht wurde. Es kommen Menschen zu mir, die eine Räumungsklage haben, die kurz vor der Delogierung stehen. All dies, weil es oftmals zum Leben nicht mehr reicht.

Ich versuche dann, mit ihnen gemeinsam eine Lösung zu finden: Ich telefoniere mit Vermietern und Stromanbietern ebenso wie mit verschiedenen Stellen, wo man einen Zuschuss erhalten kann oder mit dem Land Steiermark.

Oft geht dann alles durch unsere Unterstützung und der Bereitschaft der Betroffenen, etwas zu verändern, gut aus. Natürlich darf man nicht vergessen, dass die jeweiligen Vermieter, Stromanbieter und Behörden mitspielen müssen und mir ihr Vertrauen schenken, dass ich um eine Lösung des Problems bemüht bin.

Sollten auch Sie irgendwelche Schwierigkeiten oder Fragen im Sozialbereich haben, oder kennen Sie jemanden, der in einer scheinbar ausweglosen Lage ist, so zögern Sie nicht, mich anzurufen!

Natürlich stehe ich auch für Fragen, Anregungen oder Wünsche zur Verfügung, die die Gemeinde oder die Politik betreffen!

*fürchtet euch nicht!*

Gemeinderat Clemens Perteneder

Tel. 03862 / 22 4 17

# Wie sozial ist der Sozialbereich?

Für die Medien sind Einsparungen im Sozialbereich ein gefundenes Fressen. Das Land Steiermark verkündet alljährlich, meist zur gleichen Zeit im Oktober/November, dass es zu Kürzungen diverser Leistungen kommen wird. Schnell wird – zum Glück – protestiert. Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser versucht mit seiner volksnahen Art gute Miene zum bösen Spiel zu machen und ist um keine Ausrede verlegen. Auch die Vertreter führender steirischer Trägerorganisationen dürfen zu Wort kommen und ihr Leid klagen. Was aber nicht in diesem Schmierentheater vorkommt, ist die Perspektive der Betroffenen. Weder werden die Menschen, die betreut werden, gehört, noch die Mitarbeiter, die diese betreuen.

Als „betroffener“ Betreuer



**Gastkommentar von Mag. Christian Seidl, Betriebsrat, Behindertenbetreuer, Soziologe und Student des Studienganges Soziale Arbeit – Sozialmanager in Graz**

bekam und bekomme ich die konkreten Auswirkungen diverser Sparpakete immer wieder vor Augen geführt. Denn wenn gespart wird, bedeutet dies ja nicht nur für den Kunden bzw. Klienten, z.B. ein Mensch mit einer geistigen Beeinträchtigung, dass er eine Leistung nur mehr in einge-

schränkter Form bekommen wird – oder gar nicht, sondern auch für denjenigen, der ihn betreut, dass dieser um seine Arbeitsstelle zittern muss. Ein weiterer Punkt, der eine große Unsicherheit auslöst, sind die Gesetze und Vorschriften, welche der Geldgeber, in diesem Fall das Land Steiermark, unter dem Deckmantel der Qualität erlässt.

Mit jeder Gesetzesänderung werden immer wieder neue Regulative betreffend die Berufsausbildung, oft sehr willkürlich, vorgeschrieben. Oder es wird von heute auf morgen gesagt: „Du musst diese oder jene Schulung machen, oder wir entziehen dir den Berufstitel“. Oder man muss eine komplett neue Ausbildung beginnen.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Gegen Wissen und Weiterbildung hat niemand etwas. Meist ist dies aber in der praktischen Arbeit nicht umzusetzen.

Wie soll eine 50-jährige Frau, die vor 20 Jahren im Sozialbereich begonnen hat, 38 bzw. 40 Stunden pro Woche arbeitet, eine Familie hat, auf das Einkommen aus dem Beruf angewiesen ist, noch die Energie dazu aufbringen, sich zwei Mal pro Woche neben dem Job auf die „Schulbank“ zu setzen, Praktika zu absolvieren, Lernen, Seminararbeiten schreiben?

Oft gar nicht, auch weil es von Seiten der Firma in der diese Menschen beschäftigt sind, wenig Entgegenkommen gibt. Dann muss die Dame in diesem Beispiel ihren Beruf aufgeben, da sie, weil die Fortbildung nicht aufscheint oder passt, gekündigt werden „muss“.

Oder wie auch ein aktuelles Beispiel in der mobilen Betreuung für Menschen mit geistiger Behinderung zeigt: Das Land kontrolliert eine Einrichtung, sagt welche Mitarbeiter die falsche Ausbildung haben und schreibt dem Unternehmen vor, diese binnen einem Monat zu „entfernen“.



**Die Proteste gegen die Kahlschlag-Politik der Landesregierung konnten bisher kein Umdenken erreichen.**

Was die Frage aufwirft, mit welchem Bewusstsein die „Qualitätskontrolleure“ des Landes Steiermark an die Sache herangehen. Werden hier bewusst Existenzängste geschürt?

Fakt ist, dass jemand seinen Job verliert und vor dem Nichts steht.

Keine Berücksichtigung findet auch die Rolle der Kunden bzw. Klienten. Gerade in der mobilen Betreuung stellt man für diese Menschen einen wichtigen Bezugspunkt dar. Über fünf bis zehn Jahre begleitet man einen Menschen durch alle Lebenslagen, plant mit diesem die weiteren Schritte im Leben, welche man gemeinsam bewältigen wird. Und

dann soll man von einem Tag auf den anderen erklären, dass man weg ist.

Hier bricht, wie ich selbst miterlebt habe, für beide Seiten eine Welt zusammen. Niemand gibt diesen Menschen, die betreut werden, die Chance, ihrem Ärger Luft zu machen.

Folgende und ähnliche, mit tiefem Entsetzen ausgesprochene Aussagen habe ich von Seiten meiner Kunden dann zu hören bekommen: „Es hat bei uns immer gepasst, ich verstehe nicht, warum das Land sagt, ihr seid schlecht. Warum nimmt man euch uns weg?“ Ist dem Land Steiermark ein Arbeitsloser und ein emotional verletzter Mensch egal?



**Wir können die Welt auch nicht an einem Tag verändern, aber wenn Sie Interesse an unserer Politik haben oder Ideen, Wünsche oder Anregungen zu Ihrer Stadt, zu Ihrem Ort oder zu anderen Angelegenheiten haben, dann kontaktieren Sie mich doch einfach!**

**Clemens Perteneder**

**Tel: 03862/22417**

**kapfenberg@kpoe-steiermark.at**

# Filme im Franz-Bair-Heim

## Samstag, 19. Jänner 2012

Franz Bair Heim, Feldgasse 8, Kapfenberg **Eintritt frei!**

**18:00**



### JURA SOYFER. DER SCHATTEN IST LANG

2012 jährt sich zum hundertsten Mal der Geburtstag des österreichischen Dichters und Dramatikers Jura Soyfer. Aus diesem Anlaß zeigt prol.kino Eva Brenners Dokumentarfilm Jura Soyfer. Der Schatten ist lang. Der 1994 entstandene Film führt in die Zeit des «Roten Wien». Jura Soyfer und seine GenossInnen waren Teil dieses Aufbruchs und verbanden politischen Aktionismus mit künstlerischen Experimenten. 1939 wurde Soyfer, als 27jähriger, im bayrischen Nazi-KZ Dachau umgebracht.

Ö/USA:1994, 67 min.; Regie: Eva Brenner



Tel. 038 62 / 224 17  
e-mail: kapfenberg@kpoe-steiermark.at  
www.kpoe-kapfenberg.at



## Neutralität *statt* EU-Armee

„Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres?“

oder

Sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?“

Diese Frage wird den Österreichern in einer Volksabstimmung am 20 Jänner 2013 gestellt. Den SPÖ-Politikern sind unsere jahrzehntelang geleisteten Dienste anscheinend nicht mehr genug. Jetzt sollen „Profis“ her, die man die europaweit gegen das

Volk einsetzen kann. Künftige Bundesheersoldaten müssen in einem künftigen Söldnerheer nicht einmal mehr Staatsbürger der Republik Österreich sein. Im Sozialbereich sollten die jetzt verächtlich angesehenen „unprofessionellen“ Zivildienere

gegen angeblich gut bezahlte Leister eines „freiwilligen Sozialjahres“ ersetzt werden. Woher wird wohl das Geld dafür kommen, wo die Regierung hinten und vorne kürzt? Die Abschaffung des Zivildienstes wäre ein schwerer Schlag für die Sozialorganisationen in Österreich. Zivildienere sollten in Zukunft gleichberechtigt mit Präsenzdienern sein, wobei die sozialrechtliche Absicherung für beide Gruppen verbessert werden müsste. Stimmen wir für Österreich und gegen die Regierung mit der Stimme FÜR Wehrpflicht UND Zivildienst!



### UMFRAGE: SAGEN SIE IHRE MEINUNG

#### Wehrpflicht – auch für Frauen?

Sollen in ein künftiges, reformiertes System des Wehr- und Zivildienstes auch Frauen einbezogen werden?

JA  NEIN

Gedanken und Anregungen:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Ich möchte die Volksstimme und andere Informationen der KPÖ zugesendet erhalten und bin mit der Verwendung meiner Adresse einverstanden

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



An die **STEIRISCHE Volksstimme**

Claudia Klimt-Weithaler  
Landhaus, Herrengasse 16  
8010 Graz  
Fax: 0316 / 877 51 08  
E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

